blickpunkt

319 7/97

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Ein Erfolg für Eltern, Kinder und das Erziehungspersonal:

KITA-Gebühren festgeschrieben Mittagessen bleibt

In der Stadtverordnetenversammlung am 8. Juli wurde folgender Antrag der DKP/OL beschlossen:

„Die KITA-Gebühren werden für die nächsten vier Jahre auf dem Stand vom 1. Januar 1997 festgeschrieben.

Das Angebot „Mittagessen in der KITA" in der Ganztagsbetreuung wird für die nächsten vier Jahre auf dem derzeitigen Standard festgeschrieben."

In einem Redebeitrag sagte der Fraktionssprecher der DKP/OL unter anderem:

„Der vorliegende Antrag ist der erste, den die DKP/OL in der neuen Wahlzeit gestellt hat, und es ist kein Zufall, daß es ein sozialpolitischer Antrag ist.
Für uns ist von großer Bedeutung, daß mit der Beschlußfassung über diesen Antrag ein Signal gesetzt wird, daß Sozialpolitik in unserer Stadt weiter groß geschrieben wird.

Wir begrüßen es, daß die SPD in den Gesprächen über Mehrheitsfindungen in der neuen Wahlzeit frühzeitig signalisiert hat, daß sie einen dahingehenden Antrag unterstützt.
Wir bedauern es, daß die GRÜNEN in der Frage KITA-Gebühren nicht von ihrer bisherigen „rot/grünen" Kompromißhaltung abrücken und einer Festschreibung der KITA-Gebühren nicht zustimmen.
Wir lehnen den „Schauantrag" der CDU ab, mit dem sie uns „links" überholen will, indem sie eine Senkung der KITA-Gebühren fordert. Die dahinterstehende „Sozialdemagogie" entlarvt sich selbst. Wir stellen fest, daß langjährige Arbeit als linke Opposition im Stadtparlament ihre Wirkung tut; selbst die CDU muß sich sozial geben.

Die DKP/OL unterstreicht an dieser Stelle, daß sie sich mit diesem Antrag im vollen Einklang mit ihren wesentlichen Wahlaussagen zur Kommunalwahl befindet, „. . . damit Sozialpolitik weiter großgeschrieben wird:" und „. . . damit es Brehl und Vorndran nicht zu wohl wird."
Denn eins kann man annehmen, Bürgermeister und Kämmerer sind nicht begeistert von diesem Beschluß, da sie Gebührenanpassungen meist für unvermeidlich erklären und das Mittagessen in der KITA auf dem derzeitigen Niveau schon häufig in Frage gestellt haben.
Erfreulich ist dieser Beschluß für die Eltern, Kinder und das Erziehungspersonal, die für vier Jahre „klare Verhältnisse" haben.
Wir haben als linke Opposition erfolgreich von unseren Möglichkeiten Gebrauch gemacht, Mehrheiten zu gestalten."

„Weil du arm bist, mußt du früher sterben"

Seit dem 1. Juli müssen viele Patienten für ihre Medikamente noch tiefer in die Tasche greifen als bisher.
Kleine Medikamentenpackungen kosten jetzt neun statt bisher vier Mark, mittlere elf (bisher sechs) und Großpackungen 13 (bisher acht) Mark.
Noch schlimmer kommt es, wenn die mehr als 600 selbständigen Krankenkassen in Deutschland ihre Beiträge nicht stabil halten. Hebt eine Kasse ihren Satz an, müssen ihre Versicherten drei Monate später obendrein noch mit einer höheren Zuzahlung rechnen: Sie steigt um eine Mark pro 0,1 Prozentpunkte.
Schon jetzt kann passieren, daß Kranke wichtige Medikamente nicht mehr einnehmen, um Geld zu sparen.
Der alte Satz: „Weil du arm bist, mußt du früher sterben" wird für viele wieder erschreckend aktuell.

Dieser 1. Juli

Dieser 1. Juli war nicht nur der Tag, an dem der kranke Mensch beim Arzt zu Beginn eines neuen Quartals seine Versichertenkarte vorlegen mußte - das war auch der Tag, der Kranke kränker macht und Gesundheit noch teurer: Die Segnungen der Kohl-Regierung auf dem Krankheitssektor traten in Kraft.

Die Einzelheiten sind durch die Medien gegangen; einige seien nur hervorgehoben, um die ganze Perversität der Quälerei auszumalen: Arzneien werden noch teurer, das ist schon fast Routine, aber auch der Krankenhausaufenthalt, die Rehabilitation Gesundender und die Kuren für Mütter! Mehr noch: Der Rettungseinsatz muß teuer bezahlt werden. Heilmittel wie Krankengymnastik, die Zahnbehandlung werden teurer, noch nicht einmal Kompressionsstrümpfe wurden vergessen. Viele von diesen krankmachenden und gesundheitserschwerenden Maßnahmen laufen unter der lügnerischen Bezeichnung „Selbstbeteiligung" - so als hätten sich die Versicherten nicht schon mit ihren jahrelangen Beiträgen selbst beteiligt, um geschützt zu sein.
Und schließlich die Spitze: Es müssen - zunächst bis 1999 - jährlich 20 Mark gezahlt werden: Notopfer für die Instandsetzung der Krankenhäuser! Da klingelt's doch. Wie marode müssen die Krankenhäuser in einem Land sein, das reich sein könnte, wenn das Geld nicht nur auf wenigen Konten ruhte!
Alles in allem: Da wird Geld zusammengekratzt - Groschen um Groschen und Mark um Mark und das bis zum Gummistrumpf bei den Kranken. Nichts fehlt, nichts wird vergessen.
Doch, etwas wird vergessen: Die Pharma-Konzerne und Apparatebauer, die gerade in diesen Bereichen die höchsten Profite machen. Sie geben keine müde Mark für den Rettungseinsatz oder für ein kaputtes Krankenhaus, sie werden - spätestens im nächsten Frühjahr - neue Gewinnrekorde melden. Ihnen wird nichts genommen, sie bekommen noch dazu. Aber das hatten wir schon.

Eurofighter pro Stück (offiziell) 125,4 Millionen

Trotz Haushaltslöchern - jetzt soll er kommen. 180 Maschinen will die Bundesregierung anschaffen. Stückpreis ca. 125-150 Millionen.

Die Neuverschuldung ist zwar von 53 auf 70 Milliarden gestiegen - was soll's - 23 Milliarden will man im Haushalt für den neuen Jagdbomber einstellen.

Die Rüstungsindustrie freut sich.

Auch am 1. Juli . . .

Ab 1. Juli gibt es viele neue Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger - aber auch mehr Geld. Für wen? Für die 672 Bundestagsabgeordneten. Die Bonner Volksvertreter haben kein schlechtes Gewissen. Sie begründen ihre Gehaltserhöhung mit Einkommensrückstand und Nachholbedarf.

Bei dieser Diätenerhöhung ist alles anders als sonst. Kein eigener Gesetzesbeschluß ist erforderlich, der Aufsehen erregen könnte. Eine öffentliche Debatte findet nicht statt. Die Bündnisgrünen sind ganz still.

Nur die PDS zettelte im Bundestag mit dem Antrag, erneut auf höhere Diäten zu verzichten, einen kurzen parlamentarischen Wortwechsel an, der am 12. Juni als „Zusatztagesordnungspunkt 4a" aufgerufen und kaum beachtet wurde. Die brandenburgische PDS-Abgeordnete Dagmar Enkelmann begründete die Haltung ihrer Partei: „Ich meine, daß man, bevor man erneut Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, Rentnerinnen und Rentner sowie Familien zur Kasse bittet, auf die Diätenerhöhung für 1997 verzichten sollte."
Obwohl die PDS ihr Begehren mit Anträgen zum Offenlegen von Nebenverdiensten und zum Ruhen von Versorgungsansprüchen der Abgeordneten angereichert hatte, wofür es in anderen Fraktionen Sympathien gibt, ging sie kläglich ein.
Niemand außer der PDS-Gruppe selbst stimmte dafür. Bei SPD und Bündnisgrünen gab es einzelne Enthaltungen.
Also wird allen Bundestagsabgeordneten, ab sofort monatlich die Summe von 11.825 Mark überwiesen. Die Steigerung beträgt 525 Mark, was 5,3 Prozent entspricht.
Außer den Diäten steht den Abgeordneten eine steuerfreie Kostenpauschale von 6124 Mark zu. Die nächste Erhöhung auf 12.350 Mark ist schon am 1. April 1998 vorgesehen.

Berechtigte Proteste gegen Bildungsabbau

Am 1. Juli waren fast alle hessischen Schulen dicht. Mit Sonderzügen, Bussen und PKWs kamen rund 12.000 hessische Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, sowie Elternvertreter in die Mainmetropole.
Vorher gab es in vielen Städten Kundgebungen. So auch in Rüsselsheim, wo vor dem Rathaus Lehrer, Eltern und Schüler gemeinsam mit Vertrauensleuten der IG Metall bei Opel und der ÖTV gegen die Verschlechterung des Unterrichts im Kreis Groß-Gerau demonstrierten.
In Sternmärschen demonstrierte man zum Frankfurter Römerberg, um gegen die von Landeskultusminister Hartmut Holzapfel (SPD) geplante Arbeitszeitverlängerung zu protestieren. Dem eintägigen Schulstreik vorausgegangen war eine Urabstimmung, in der sich über 76 Prozent der beteiligten GEW-Mitglieder für die eintägige Arbeitskampfmaßnahme aussprachen. Konkreter Hintergrund ist die Absicht der SPD/Grünen-Landesregierung, die Arbeitszeit der Pädagogen um eine Stunde wöchentlich zu verlängern und darüber hinaus die Altersermäßigung für die über 55jährigen zu beseitigen.
Während noch in dem jetzt zu Ende gehenden Schuljahr 23.996 Lehrkräfte in 25.328 Klassen 581.386 Schüler unterrichten mußten, steigt nach Angaben des hessischen Kultusministeriums im Schuljahr 1997/98 die Klassenzahl auf 25.885 und die Schülerzahl auf 593.254 bei gleichbleibender Lehrerzahl.
Vorbei ist die Zeit, wo Hessen in der Schul- und Bildungspolitik mit ihrer Politik der kleinen Klassen, den Rahmenrichtlinien für Deutsch und Gesellschaftspolitik eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik spielte. Jetzt ist die Landesregierung dabei, sämtlichen bildungspolitischen Kredit zu verspielen.
Der eintägige Schulstreik der Lehrerinnen und Lehrer - trotz massiver Drohungen des Kultusministers mit Disziplinarmaßnahmen - wurde vom DGB unterstützt.
Die Proteste werden weitergehen. Am 15. Juli wurde auch in unserer Stadt gegen den Bildungsabbau demonstriert.

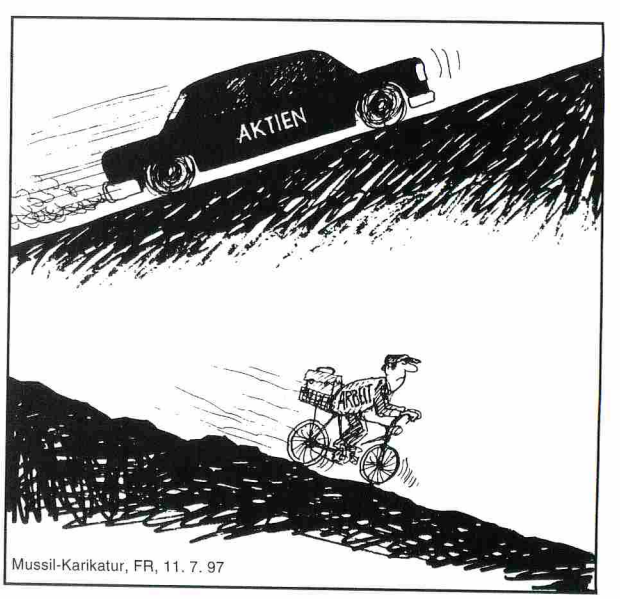
Meldungen in diesen Tagen:

„In diesem Jahr fehlen 320.000 Ausbildungsplätze." „Über eine halbe Million Menschen unter 25 Jahren ist arbeitslos gemeldet."
„Der Bildungsetat in Bonn wurde um 336 Millionen gekürzt."
„Auch im Kreis Groß-Gerau fehlen noch mehrere hundert Lehrstellen".
Im Jahre 1984 begannen in der Bertha-von-Suttner-Schule 51 Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse, 22% von insgesamt 230, eine Lehre. In diesem Jahr sind es gerade 9%, die eine Lehre anfingen. Zu wenig Lehrstellen und eine allgemeine Hoffnungslosigkeit bewegen viele, möglichst lange zur Schule zu gehen.
Ganze Generationen werden durch die heute herrschende Politik in die Aussichtslosigkeit getrieben. Ein Skandal, der sich noch rächen wird.

Immer mehr und immer reicher

Trotz Massenarbeitslosigkeit und schwachen Wirtschaftswachstums werden die Wohlhabenden in Deutschland immer reicher. Das bei den Finanzämtern angegebene Vermögen wuchs laut offizieller Statistik von 1989 bis 1993 um 22 Prozent auf 833 Milliarden Mark. Die Anfang dieses Jahres abgeschaffte Vermögensteuer war im selben Zeitraum um zwölf Prozent auf 3,3 Milliarden Mark gestiegen.
Nach der jetzt veröffentlichten Vermögenssteuerstatistik, stieg die Zahl der Vermögensmillionäre auf 131.000. Ihre Zahl liegt nach Angaben der Experten jedoch noch höher, da Betriebsvermögen nur zum Teil und Grundbesitz nur nach Einheitswerten von 1964 berücksichtigt würden.
Die meisten Vermögensmillionäre gibt es nach diesen Angaben in den Städten, in denen - bezogen auf die Einwohnerschaft - auch die meisten Sozialhilfeempfänger leben.
Bei der Einkommensentwicklung geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Nach einer vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ausgewerteten Einkommensstatistik sind die realen, das heißt die um die Preissteigerungen bereinigten Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Laufe des vergangenen Jahres nur um 0,1 Prozent gestiegen. Demnach lag die Massenkaufkraft nur um 1,2 Prozent über dem Niveau von 1980.
Nach den vom DGB registrierten Gewinnsprüngen von 1994/95 stiegen die Nettogewinne - also die Gewinne nach Abzug der Gewinnsteuer - im vergangenen Jahr nur um 0,5 Prozent. Im Vergleich zum Jahre 1980 haben sie sich jedoch verdoppelt. Diese „ausgezeichnete" Gewinnlage komme auch in der realen Netto-Kapitalrendite zum Ausdruck, stellten die DGB-Statistiker fest. "Sie war in den Jahren 1995/96 so hoch wie zu früheren Vollbeschäftigungszeiten und besser als im Vereinigungsboom Anfang der 90er Jahre."

Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist auf den niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik zurückgefallen.



Mussil-Karikatur, FR, 11. 7. 97

Geisterbusse ?

Seit 1. Juni dieses Jahres fahren vermehrt Busse durch die Straßen unserer Stadt. Bei näherem Betrachten ist festzustellen, daß, von Ausnahmen abgesehen, verhältnismäßig wenig Bürger das Angebot nutzen. Jedoch, es lohnt sich einen Blick auf den Fahrplan zu werfen, das Auto stehen zu lassen und mit dem Bus oder mit der Bahn zu fahren. Fahrzeug-, Benzin- und Parkhauskosten gleichen den Fahrpreis aus. Das heißt allerdings nicht, daß den relativ hohen Fahrpreisen im Personennahverkehr das Wort geredet werden soll. Was jetzt geschehen muß, ist eine Werbekampagne "Pro Bus", auch mit finanziellen Anreizen. Wir alle sind für weniger Straßenverkehr, für weniger Lärm und weniger Abgase. Packen wir es an.

„Rote Riesen"

Die Tagespresse berichtete begeistert über die Vorstellung der neuen Riedbahnzüge. „Rote Riesen" nennt man die rotlackierten doppelstöckigen Züge, die ab Herbst 1998 verkehren sollen. Die Politprominenz war eingeladen zum Probefahren und allerlei vollmundige Versprechungen wurden abgegeben.
Um ein größeres Platzangebot zu schaffen, hätte auch ein Waggon angehängt werden können. Fehlende Bahnsteiglänge kann nicht als Grund gelten. Was nutzt einem Behinderten/ Rollstuhlfahrer, daß er leichter ein- und aussteigen kann, wenn er nicht auf den Bahnsteig kommt? Was nützt dem Pendler der schöne Zug, wenn Verspätungen, Zugausfälle, fehlender Taktverkehr und zu geringe Zugfolge ihm ständig das Leben schwer machen? Die Punkte ergänzt durch eine mangelhafte und überstrapazierte Preisgestaltung sind Gründe für die Unattraktivität des Nahverkehrs. Die Sache wird in Zukunft - dafür braucht man weder Prophet noch Skeptiker sein - noch schlimmer. Der Ausbau der Riedstrecke für den Personenfernverkehr ist in vollem Gange. Weitere IC-Strecken durchs Ried sind angekündigt.
Wie sachfremd erscheint da die Formulierung des Mörfelden-Walldorfer Magistrats in seinem Papier „Offensive für den S-Bahn-Ausbau": „Auf der Riedbahn ist ein echter 30-Minuten-Taktverkehr mit pünktlichem Schienenverkehr herzustellen sowie dauerhaft und stabil zu sichern; Verdichtungen in den Hauptverkehrszeiten sind zu ermöglichen." Das ist weniger, als die heutige Praxis. In den Hauptverkehrszeiten verkehren derzeit drei Züge stündlich, wenn auch in ungleichmäßigen Takt.
Wer gehofft hatte, in Sachen Fahrradabstellplätzen, Park-and-Ride-Plätzen und Bahnhofsgebäuden voran zu kommen, sah sich wiederum getäuscht. Die Bahn erweist sich wegen oder trotz Privatisierung als störrischer, unbeweglicher Koloß, dem anscheinend am guten Verhältnis zu Kommunen und Bürgern nicht liegt. R. D.

Immer wieder Ärger mit der Bahn

Es ist schon eine langwierige Angelegenheit mit den Verbesserungen für Fahrradabstellmöglichkeiten in unserer Stadt. Seit vielen Jahren bemüht sich die DKP darum, daß die unmöglichen Zustände u.a. an den beiden Bahnhöfen von Mörfelden und Walldorf, verbessert und zeitgemäße Abstellanlagen errichtet werden. Da waren schon dicke Bretter im Magistrat und besonders beim Bürgermeister zu bohren, bis die Notwendigkeit eingesehen wurde. Nun ist, nicht zuletzt durch neue Konstellationen im Parlament, der Bürgermeister mehr unter Druck und hat auch schon konkrete Verbesserungen in Aussicht gestellt.
Aber er hat die Rechnung ohne den Wirt, sprich Bahn, gemacht. In Sachen Bahnhofsnutzung, Park-and-Ride- und Bike-and-Ride-Plätze, stellten sich die zuständigen Stellen der Bahn seither taub. Auch die letzten Verhandlungen und Gesprächstermine verliefen so, wie man sagt „Außer Spesen nichts gewesen". Nun soll bis Ende Juli bei der Bahn entschieden werden, ob die Stadt Fahrradabstellplätze an den Bahnhöfen einrichten darf und bis September soll klar sein, ob Park- and Ride-Plätze möglich sind. Die Entscheidung über die Nutzung des Bahnhofes Mörfelden hängt von einem Wertermittlungsgutachten ab, wobei noch nicht klar ist, wer dieses erstellt und bezahlt.
Für den Bürger und Bahnfahrer ist das alles unverständlich. Müßte doch die Bahn froh sein, über jeden neuen Kunden, der sein Fahrrad, oder sein Auto am Bahnhof abstellen will, um mit dem Zug zur Arbeit oder zur Schule zu fahren. Eigentlich wäre es doch Aufgabe der Bahn, auf ihrem eigenen Gelände solche Plätze zur Verfügung zu stellen und für die Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern zu sorgen. Aber weit gefehlt. Bleibt festzuhalten: Seit der Privatisierung wurde alles noch viel schlechter. HH

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!
Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,BLZ 50852553

Teurer Bebauungsplan

Die CDU-Fraktion hat der Stadt mal wieder ein schönes Ei ins Nest gelegt, das den Bürgern teuer zu stehen kommt. Weil sie ihr Wählerklientel in der Gewobau-Siedlung in Walldorf „bedienen" wollte, initiierte sie (und Siedlungsbewohner) ein Verfahren für einen Bebauungsplan für dieses Wohngebiet. Im Widerstreit der Befürworter und Gegner von Flachdächern und horizontaler oder/und vertikaler Ausdehnung wurde ein Bebauungsplan in Auftrag gegeben. Nach ein paar Jahren der Planung, Diskussion, Umplanung, liegt nun ein Entwurf auf dem Tisch, der Befürwortung und Ablehnung erntet. Die vielen Anregungen und Bedenken wurden eingearbeitet, Modelle der „Beschattung an bestimmten Tagen zu bestimmten Uhrzeiten" wurden simuliert und optisch dargestellt. Der Aktenberg kann in kg ausgedrückt werden. Auf eine entsprechende Frage kam die Antwort: „Bis jetzt sind ca. 250.000,- DM an Planungskosten entstanden, ebenso viel haben die städt. Begleitarbeiten gekostet."
Jetzt steht zu befürchten, daß einigen Anwohnern auch dieser geänderte und ergänzte Plan nicht gefällt, daß weitere Widersprüche und Einwände vorgetragen werden, daß auch gerichtlich gestritten wird. Wenn dies eintritt, wäre der ganze schöne Plan Makulatur, denn wegen der Dauer von Verwaltungsstreitverfahren würde auch die Veränderungssperre überdauert und jeder könnte der Umgebung entsprechend bauen. D. R.

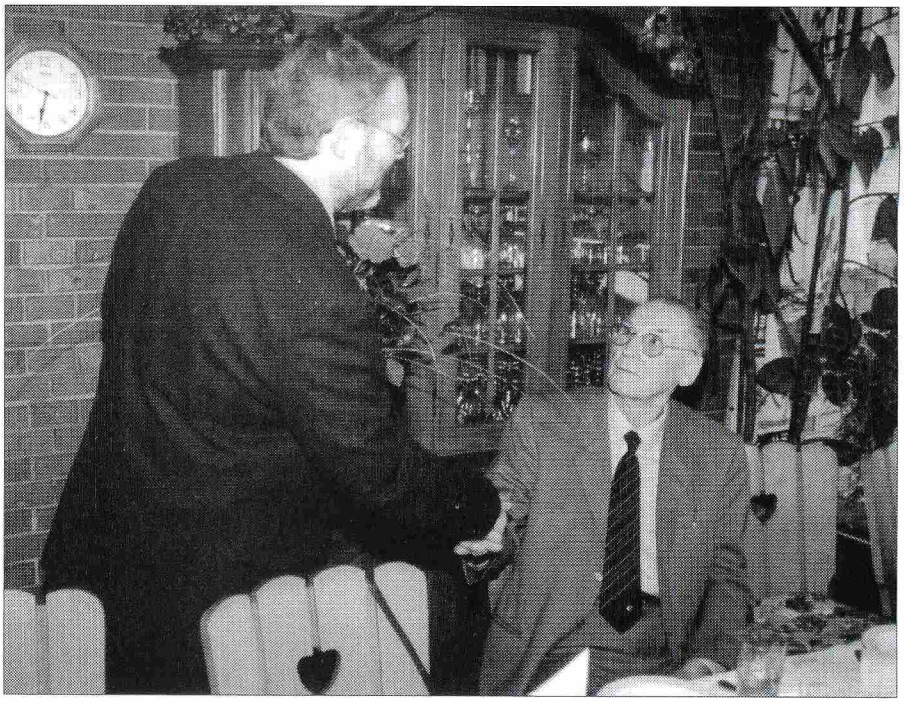
Besorgnis um Mönchbruch

Lobenswert die Initiative der Vereinsgründung zur Förderung und Erhaltung des Jagdschlosses Mönchbruch. Bei aller Begeisterung und gutem Willen für das gesteckte Ziel „Aufklärung, Information zum Naturschutzgebiet und Erhaltung und Nutzung des Gebäudes für kulturelle Zwecke", sollte Realismus vorherrschen.

Ein wenig zur Historie: Bis Mitte der sechziger Jahre als Altersheim genutzt, dann kurzzeitig Domizil einer Kunstgalerie und Wohngemeinschaft, kaufte die FAG die Immobilie in der Startbahnzeit, um prozessualem Hindernis zuvorzukommen. Eine „Investmentgesellschaft" kaufte und nutzte die Liegenschaft als Asylbewerberheim und verdiente sich eine „goldene Nase" daran. Als das Geschäft versiegte, erfolgte die Weiterveräußerung. Heute dient das Schloß als Unterkunft für Bauarbeiter. In all den Jahren wurde zur Unterhaltung des historischen Fachwerkgebäudes so gut wie nichts unternommen. Das Haus wurde quasi wie eine Zitrone ausgepreßt. Zwar attestierte das Bauamt „Standfestigkeit", was aber nur bedeutet, daß noch keine Einsturzgefahr besteht. Die Denkmalpflege hat wenig Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Besitzer zur Sanierung. Folglich verkommt das Gebäude immer mehr.

Ein klassisches Beispiel, wie eine zur Ware gewordene Immobilie „verwertet" wird. Nur, was Geld bringt, ist interessant. Die Sanierung wird wohl früher oder später Aufgabe der Allgemeinheit werden.

Zur künftigen Nutzung des Anwesens mag sich der neue Verein Gedanken machen. Wir wollen dem nicht vorgreifen. Man kann über die Natur im allgemeinen und Naturschutzgebiet Mönchbruch mit seinen pflanzlichen und tierischen Besonderheiten im speziellen informieren. Man kann kulturelle Veranstaltungen organisieren. Musikveranstaltungen, Theateraufführungen, Lesungen werden aus Fluglärmgründen nicht möglich sein. Aus ebensolchen Gründen fallen auch Wohn-, Beherbergungs- und Bildungsnutzungen aus. Ob mit einem solch eingeschränkten Nutzungskonzept die Auslastung der Gebäude anvisiert werden kann, mag man bezweifeln. R. D.



Denke-Michel wurde 85

Im Juni feierte Michael Denk seinen 85. Geburtstag. Gemeinsam mit seiner Familie, seinen Freunden, seinen Genossinnen und Genossen, feierte Michel im Bürgerhaus.

Seit 1926 ist er Mitglied der Gewerkschaft, seit seiner Jugend aktiv in der kommunistischen Arbeiterbewegung.

Sein gewerkschaftliches Engagement und seine Aktivität in der kommunistischen Partei hat ihm nicht nur Freunde, sondern auch Leid und KZ-Haft beschert.

Michel ist mit Leib und Seele ein Gewerkschafter und hat sich immer als Betriebsratsmitglied hundertprozentig für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt. Er war lange Jahre Gemeinderat und Kreistagsabgeordneter der KPD und Stadtverordneter in Mörfelden.

Dank seiner Geradlinigkeit war und ist er geachtet. Auch von denen, die nicht seine politische Gesinnung vertreten.

Wir wünschen unserem „Denke-Michel" alles Gute und hoffen, daß sich seine Gesundheit stabilisiert.

Michael Denk verzichtete auf Geburtstagsgeschenke und spendete dem „blickpunkt" einen großen Betrag. Danke Michel!

LESERBRIEF

Sehr geehrter Herr Hechler, mit Interesse habe ich Ihren Bericht „Immer mehr Flugverkehr macht die Menschen krank" im Blickpunkt 318, Ausgabe 6/97 gelesen.
Ein großes Problem in Walldorf ist auch der enorme Verkehrslärm und Rücksichtslosigkeit der Verkehrsteilnehmer, was uns Anwohner sehr belastet. Ich wohne in der Hermann-Löns-Straße. Diese Straße hat eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in jeder Fahrtrichtung. Diese Begrenzung ist durch 6 Verkehrsschilder angezeigt. Ebenso sind auf der Fahrbahn die 30 km mehrmals groß aufgemalt. Trotz dieser unübersehbaren Hinweise halten sich von 100 Verkehrsteilnehmern höchstens 5 an diese Geschwindigkeit. Der Rest fährt mit 50 bis 70 km/h und mehr. Außerdem sind ebenso viele Überholverbots-Schilder angebracht. Die Autofahrer(innen), die sich an die Verkehrsvorschriften halten, werden oft als Hindernis angesehen und trotz Überholverbot überholt.
Mit zunehmender Dunkelheit werden die Autos schneller und lauter. Profilierungsneurotiker sorgen dafür, daß die Anwohner in den Genuß ihrer Techno-Musik (Lärm) kommen, so daß man nur bei geschlossenem Fenster schlafen kann. Außerdem befahren Tag und Nacht LKW's diese Straße.
Nachts hat man den Eindruck, am Nürburg-Ring zu wohnen, wenn Mini-Rennfahrer die Kurve Jourdan-Allee / Hermann-Löns-Straße als Schikane ansehen und anschließend ihren Wagen beschleunigen. Das erzeugt sehr viel Lärm.
Ein Gespräch mit der Verkehrsleitung im Rathaus Walldorf, eine Radar-Kontrolle in der Hermann-Löns-Straße durchzuführen, brachte keine Änderung.
Unverständlich ist, daß eine neue Verkehrsanbindung vom Gewerbegebiet Mörfelden Ost in Richtung Walldorf, trotz 6wöchiger Fertigstellung noch immer nicht eröffnet wurde.
Traurig zu beobachten, daß inzwischen schon das Gras durch den Asphalt wächst. Die Eröffnung dieser neuen Verkehrsanbindung würde zu einer großen Entlastung der Hermann-Löns-Straße beitragen. Allein durch andere Maßnahmen, wie Blumenkübel etc., wäre es möglich, die Geschwindigkeitsbeschränkung durchzusetzen.
Mörfelden-Walldorf ist eine Stadt, in der vermutlich unterschiedliche Maßstäbe in punkto Verkehr angelegt werden. Im Stadtteil Mörfelden ist zu beobachten, daß Hauptverkehrsstraßen verkehrsberuhigt sind, z. B. mit Blumenkübeln, Parkzonen (in der Dieselstraße und Darmstädter Straße) und Radarmeßanlagen an der B 44 und Vitrollesring installiert sind.
Könnte es sein, daß die Walldorfer-Bürger freier sind als die Mörfelder Bürger? Wie heißt nochmal der dumme Spruch: „Freie Fahrt für freie Bürger". *Gerd Weyer*

Kinder-Lieder mit Fredrik Vahle in Mörfelden

5. Dezember 1997, 16 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden.

Eltern und Kinder sollten sich diesen Termin schon jetzt fest vormerken.

Grüne Schnapsideen

Der Fraktionschef der Grünen im Hessischen Landtag Alexander Müller möchte die Flughafen-Aktiengesellschaft privatisieren. Damit könnten Kleinaktionäre Einfluß auf die Geschäftspolitik der FAG nehmen.
Man greift sich an den Kopf. Was haben sich bei den Grünen für Leute eingefunden?
Die Volksaktien-Idee wurde schließlich einst geboren um Illusionen bei den Arbeitern und Angestellten zu erzeugen. „Ich habe Aktien, ich kann doch nicht gegen meinen Betrieb streiken!", konnte man da zuweilen hören. Ändern konnten die sogenannten „Volksaktionäre" in der Montanindustrie, bei der Telecom oder anderen Industriegiganten nichts.
Außerdem, haben die Kommunen des Umlandes vielleicht Geld übrig, um Aktien zu kaufen? Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat mittlerweile 52,2 Millionen Schulden (pro Kopf 1600 Mark). Auf eine solche Volksaktien-Schnapsidee kann wohl nur ein mit Diäten gut gepolsterter Landtagsabgeordneter kommen.

Umweltfonds der FAG

Das Stadtparlament diskutierte über Umweltfonds der FAG und ob die Stadt diese in Anspruch nehmen soll. Förderung von Umweltmaßnahmen durch die FAG - ein sensibles Thema. Die Belastungen, die vom Flughafen ausgehen, wachsen. Das Umland leidet unter Dauerlärm und Luftverschmutzung. Anstatt sich aber den Problemen der Umwelt ernsthaft zu stellen, verkündet die FAG in diesen Tagen stolz, daß sie im Jahr 1996 rund 1,5 Millionen Mark an Gewerbesteuer und Grundsteuer an die Stadt Mörfelden-Walldorf gezahlt hat. Diese Summe steht jedoch in keinem Verhältnis zu den ökologischen und gesundheitlichen Gefahren, die vom Flughafen ausgehen. Sponsoring ist eine tägliche Erscheinung und zwischenzeitlich eine beliebte Finanzierungsquelle. Aber auch hier gibt es zwei Seiten, die kaum jemand beim Namen nennt. Auf der einen Seite stehen gewaltige Summen dafür zur Verfügung. Auf der anderen Seite nimmt die Armut zu, müssen ArbeitnehmerInnen um jede noch so geringe Tariferhöhung kämpfen und drastische Einsparungen hinnehmen. Natürlich bezwekken Unternehmen auch etwas damit, wenn sie Gelder zur Verfügung stellen, um bestimmte Projekte zu fördern. Einflußnahme auf Meinungen, Imagepflege, öffentliches Interesse. Das sollte man wissen, denn bei der FAG ist das nicht anders. Die Frage, die sich insbesondere Mandatsträger stellen müssen, ist aber doch folgende: Lassen wir uns in unseren Entscheidungen tatsächlich durch solche Finanzierungsmaßnahmen beeinflussen? Wer sich durch Geldgeber in seiner Meinung verbiegen läßt, der ist nicht weit davon entfernt, sich auch korrumpieren zu lassen. Wer aber standhaft ist, die Politik der FAG weiterhin kritisch hinterfragt, wer bereit ist, Unangenehmes beim Namen zu nennen, der braucht keine Angst davor zu haben, daß auch in Mörfelden-Walldorf Umweltmaßnahmen durch die FAG finanziell gefördert werden. H.F.

DKP/OL für tägliche Reinigung

Die DKP/OL will, daß sich der Magistrat beim Kreis für die tägliche Reinigung der Schulen und Sporthallen einsetzt. Deshalb hat sie im Stadtparlament folgenden Antrag gestellt:

„Der Magistrat wird beauftragt, die Kreisverwaltung nachdrücklich aufzufordern, in den Schulen und Kreissporthallen eine tägliche Reinigung zu veranlassen. Die Reinigung hat durch qualifiziertes Personal von Betrieben zu erfolgen, die eine Tariftreueerklärung abgegeben haben."

In der Begründung heißt es:

„Seit Monaten werden Klagen von Schülern, Lehrern und Eltern über die zunehmende Verschmutzung und häufig unerträgliche hygienische Zustände in den örtlichen Schulen und den angeschlossenen Sporthallen in der Lokalpresse laut. Auch an unsere Fraktion wurden mehrfach Beschwerden herangetragen, denen wir nunmehr mit diesem Antrag Rechnung tragen.
Wenn die Kinder in unserer Stadt unter offensichtlich beklagenswerten Umständen „für das Leben" lernen müssen, dann sind diese Verhältnisse nicht hinnehmbar. Hier wird am völlig falschen Ort gespart. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Pflicht, darauf zu dringen, daß hier Abhilfe geschaffen wird."

Protest gegen HIM

Einstimmig hat das Stadtparlament einen Antrag der DKP/OL beschlossen, in dem es heißt:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Protesten gegen die Sondergenehmigung zur Verbrennung von 1000 t Sondermüll aus Italien in der Verbrennungsanlage der HIM in Biebesheim an.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Hessische Umweltministerium auf, die erteilte Genehmigung zu widerrufen und zukünftig keine Genehmigungen zur Verbrennung von Sondermüll aus „Müllimporten" zu erteilen.
3. Dieser Beschluß wird dem Bürgermeister der Gemeinde Biebesheim, dem Hessischen Umweltministerium, der Hessischen Landesregierung sowie der Presse zugeleitet."

In der Begründung heißt es:

„Die Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt hat viele Erfahrungen mit Umweltbelastungen aller Art machen müssen, insbesondere durch den Betrieb und den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Vor allem bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn West haben wir dabei viel Solidarität aus den umliegenden Städten und Gemeinden erfahren. Uns kann es nicht egal sein, wenn ein paar Kilometer südlich in unserem Landkreis betriebswirtschaftliche Belange über Umwelt- und Gesundheitsinteressen der Menschen gestellt werden. Erst recht nicht, wenn es sich um die selben Herren handelt, die hier ihre Geschäfte machen. Eine Solidaritätserklärung ist das mindeste, was diese Stadtverordnetenversammlung in diesem Fall beschließen sollte."

Das Gewerbegebiet wird wiederum größer

So, als gäbe es die Diskussion um Flächenverbrauch und -versiegelung, um Verkehrsbelastung und Luftschadstoffe und die Probleme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung nicht, wird munter drauflos gebaut. „Immer vor dem Bedarf her" muß erweitert und investiert werden. Das Industriegebiet braucht eine weitere Straßenanbindung ans überörtliche Straßennetz. Begründet wird dies auch mit der Südumgehung, die auch in 20 Jahren noch nicht existiert, wenn das bisherige Tempo zur Realisierung beibehalten wird. Begründet wird die Erweiterung auch mit den erwarteten Einnahmen aus Gewerbe und Industrie. Dabei weiß jeder, der ein wenig Einblick in die Materie hat, daß Gewerbegebiete eher zur Verschuldung als zur Gesundung städt. Finanzen beitragen. Die Vorleistungen an Planungs- und Erschließungskosten, der Ver- und Entsorgungsanlagen sind derart gewaltig, daß eine Amortisation ausgeschlossen werden kann. Dabei hätte die Stadt genügend zu tun, um die Wohnqualität der alten wie neuen Ortsteile zu verbessern. Eine lebenswerte Stadt wäre allemal besser als Gigantomanie in Industriegebieten und der Massierung in einem schon überlasteten Raum. Noch gibt es eine „große Koalition" von SPD und CDU für diesen Raubbau an den Lebensgrundlagen. R. D.

uz

Wochenzeitung der DKP

„Probeexemplare bei der „blickpunkt"-Redaktion

Wie weiter mit der Parkdeck-Idee?

Die Fraktion der DKP/OL sprach mit Vertretern des Mörfelder Gewerbevereins über die Idee, ein Parkdeck hinter der jetzigen Polizeistation zu bauen.
Um es vorweg zu sagen, wir haben unsere Meinung nicht geändert. Große Parkplatzangebote in der Innenstadt ziehen immer mehr Autoverkehr an. Außerdem, wir halten ein Parkdeck nicht für geeignet, die Lage der Innenstadt-Geschäfte zu verbessern.
Die Vertreter des Gewerbevereins erklärten, 75% der Kaufkraft ginge aus unserer Stadt, man müsse etwas dagegen tun. Man beklagte hohe Mieten für Geschäftsräume (z.Zt. ca. 30,- qm³), gab auch zu, daß manche Geschäfte in der Stadt ideen- und lustlos ihr Gewerbe betrieben.
In der Diskussion war man sich einig, daß vieles getan werden könne, um eine bessere Verkaufsatmosphäre zu schaffen. Eine bessere Innenstadtgestaltung ist hier unerläßlich. Dazu gehöre auch die gute Erreichbarkeit aller Geschäfte mit dem Fahrrad und entsprechende Radabstellplätze.
Natürlich leiden zunehmend viele Geschäfte durch Kaufkraftverluste, die immer gravierender werden. Hier sind die Forderungen aber woanders zu stellen.

Stadtgeschichten

Welches Ereignis mag diese 20 Kinder im Frühsommer des Jahres 1935 vor der Gaststätte „Zum Adler" von Friedrich Raiss, direkt neben der „Gänsbach", zusammengeführt haben? Der Kleidung der Kinder nach zu urteilen war es ein Sonntag, und vielleicht war es das Interesse an den beginnenden Erdbewegungen für die Umgehungstraße südöstlich von Mörfelden. Es ist anzunehmen, daß die letzten Aufnahmen des Gasthauses, kurz vor dessen Abriß, entstanden sind – als Dokument quasi. Jedenfalls wurde daraus eine schöne Erinnerung. Im Zuge der Straßenbaumaßnahmen fiel das Haus, erbaut im Jahre 1843, 1935 der Spitzhacke zum Opfer. Es stand gegenüber der Gaststätte „Zum Löwen" („Kiefer") am Anfang der Darmstädter Straße.

Mit den Namen der Kinder ist das so eine Sache. Einigen wurde das Foto gezeigt, und es gab die bekannten Äußerungen „des is der ....", oder „des is die...". Es sollen, bis auf den Kleinsten ganz rechts, der noch nicht erkannt wurde, alle Namen genannt werden, allerdings, wie bei den Lottozahlen, „ohne Gewähr".

Von links sehen wir Loni Uhl, Erna Krichbaum, Lori Schadt (mit Mädchennamen), Jakob Schulmeyer, Karl Rosenthal, Ludwig Jourdan, Kurt Egner, Heinz Brunner, Wilhelm Dickhaut, Philipp Schulmeyer, Hermann Dammel, Theo Andrae, Albert Kunz, Walter Meffert, Jakob Schulmeyer (Lohne), Emil Andrae, Heinrich Schadt und Jakob Schöneberger. Am Fenster sieht man die Wirtin Margarethe Dorothea Raiss geb. Dickhaut.

GRILLFEST DER DKP

16. August 1997 - „Goldener Apfel"

Unser Lexikon

Schnuddelkapp

Strickmütze mit Bommel

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefon 22362.